



im Bezirkstag Pfalz

Am Immenborn 6
66954 Pirmasens

Telefon: 06331/93845

Mobil: 0159 01038312

Mail: brigitte@freihold-windsberg.de

Reden auf der Bezirkstagssitzung am 15. Juli 2016

Rede Prüfung Übernahmen und Zuschüsse

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Wieder,

sehr geehrte Damen und Herren,

DIE LINKE im Bezirkstag stimmt dem Überprüfungsantrag der Verwaltung bezüglich Förderung bzw. Übernahme von Einrichtungen zu.

Ich möchte für das nun anstehende Prüfverfahren folgende Überlegungen mit auf den Weg geben:

Der Grundsatzbeschluss, keine institutionellen Fördermaßnahmen bzw. Übernahmen zu gewähren, ist in seiner Absolutheit in der Praxis offenbar so nicht haltbar, sondern es sind differenzierte Einzelfallbetrachtungen anzustellen, die zu einer sachgemäßen Entscheidung führen. Wenn dies, wie im vorliegenden Fall, jeweils durch einen Prüfungsbeschluss des Bezirkstages auch dauerhaft gewährleistet werden kann und dies nicht zu Komplikationen führt, könnte von einer förmlichen Aufhebung des Grundsatzbeschlusses wohl abgesehen werden.

Das Biosphärenhaus in Fischbach ist eine pädagogisch wertvolle Einrichtung und quasi ein „Leuchtturm“ im Biosphärenreservat Pfälzerwald-Nordvogesen. Es sollte unter auf jeden Fall erhalten bleiben. Die im Übernahmeantrag geschilderten Finanzierungsprobleme sind erheblich und substanziell. Sie führen ohne Lösungsmodell unweigerlich zur baldigen Schließung. Die weitere Finanzierung über den Haushalt der Ortsgemeinde Fischbach ist daher ausgeschlossen. Kredite zur Liquiditätssicherung könnten nur von der Verbandsgemeinde Dahner Felsenland aufgenommen werden, wobei die Kreditkosten wegen des Grundsatzes der Übereinstimmung von Aufgaben- und Ausgabenverantwortung letztendlich wieder im Haushalt Fischbach landen würden.

Die Finanzierung des Biosphärenhauses über Kassenkredite ist auch aus grundsätzlichen Erwägungen auszuschließen. Wegen der hohen Bedeutung des Biosphärenhauses für das Biosphärenreservat und der aussichtslosen Finanzierung

über den Haushalt der Ortsgemeinde Fischbach plädiere ich in diesem Fall für eine Übernahme als Einrichtung des Bezirksverbandes, besonders, da 2003 schon einmal Erwägungen in diese Richtung angestellt wurden. Allerdings sollte auf die finanzielle Mitverantwortung des Landkreises Südwestpfalz wegen der touristischen Bedeutung nicht verzichtet werden, die sich nicht ausschließlich in der Verbandumlage erschöpfen kann. Dazu ist ein differenziertes Finanzierungsmodell zwischen Bezirksverband, Landkreis Südwestpfalz und dem Land Rheinland-Pfalz auszuarbeiten.

Die Situation beim Wild- und Wanderpark Silz stellt sich etwas anders dar. Der Anlage zum Antrag ist zu entnehmen, dass der Betrieb des Wild- und Wanderparks bei hoher Eigeninitiative noch leichte Gewinne erwirtschaftet, gleichwohl seit Jahren ein erheblicher Sanierungsstau besteht. Deshalb würde ich für den Wild- und Wanderpark eine dauerhafte Förderung, aber keine Übernahme favorisieren. Die direkte Verbindung als Bestandteil des Biosphärenreservats und konzeptionelle Verknüpfung unter deren Tourismusedachmarke ist gegeben. Um die Besucherrückgänge zu kompensieren und den Wild- und Wanderpark als touristischen Anziehungspunkt zu stärken, müsste dort allerdings auch ein umfassendes Modernisierungskonzept erstellt werden, das mit dem bisher gewährten Investitionskostenzuschuss des Landkreises Südliche Weinstraße in Höhe von 20.000 Euro kaum zu realisieren sein wird.

Das Landgestüt Zweibrücken hat neben der eher rückläufigen Pferdezucht insbesondere eine landesweite Bedeutung als Austragungsort für Landes- und Bundesmeisterschaften im Pferdesport und bietet nach Angaben der Geschäftsführung als einzige Reitarena in Rheinland-Pfalz Platz für 1.500 Zuschauer. Deshalb steht aus meiner Sicht für den Erhalt des Gestüts vor allem das Land Rheinland-Pfalz in der Verantwortung und sollte diese Verantwortung auch wahrnehmen. Das Gestüt wurde von der Landesregierung im Jahr 2007 privatisiert und in eine GmbH überführt, deren einziger öffentlicher Träger neben Privaten die Stadt Zweibrücken ist. Diese Vorgehensweise hat zwar den Landeshaushalt entlastet, führt nun aber zur drohenden Einstellung des Betriebs Ende 2017. Obwohl Reitsportverbände und Reitsportvereine nicht in dem Ruf stehen, zu den ärmsten Sportverbänden und Sportvereinen zu gehören, ist es offensichtlich nicht gelungen, das Gestüt auf ein finanziell tragfähiges Fundament zu stellen.

Dies widerlegt zum einen, dass Private grundsätzlich besser wirtschaften als die öffentliche Hand und belegt zum anderen, dass Sport im Allgemeinen genau wie Kultur und damit die öffentliche Daseinsvorsorge insgesamt ohne staatliche Subventionen und Steuergelder nicht denkbar ist. Daher war die Privatisierung des Zweibrücker Landgestüts ein schwerer politischer Fehler, der nach dem Verursacherprinzip auch von der Landesregierung zu beheben ist.

Hambacher Schloss, 15. Juli 2016

Brigitte Freihold, DIE LINKE im Bezirkstag Pfalz